

## **Steuergeld-Verschwendung im Nordwesten: Der Bund schlägt Alarm!**

Edewecht ist im Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes wegen teurer Verschwendung eines nicht genutzten Containerdorfs aufgeführt.

In Deutschland wird derzeit massiv über die Verschwendung von Steuergeldern diskutiert. Besonders auffällig sind dabei die Fälle aus Niedersachsen und Bremen, die im neuen „Schwarzbuch“ des Bundes der Steuerzahler (BdSt) dokumentiert sind. In diesem Bericht wird deutlich, dass nicht nur individuelle Projekte, sondern auch strukturelle Mängel in der Planung erhebliche finanzielle Schäden verursachen. Unter den kritisierten Projekten befindet sich das als „Geisterdorf“ bezeichnete Containerdorf in Edewecht, das aufgrund von fehlerhaften Bedarfszahlen nie in Betrieb genommen wurde.

Das Containerdorf entstand als Reaktion auf einen angeblichen Anstieg des Bedarfs an Unterkünften für Geflüchtete im Herbst 2022. Der Landkreis Ammerland hatte schnell reagiert und die nötigen Container errichtet. Doch die Realität sah anders aus: Das Land Niedersachsen hatte überhöhte Bedarfsprognosen veröffentlicht, was dazu führte, dass die kommunalen Verantwortlichen nun auf Kosten von 2,6 Millionen Euro sitzen blieben. Anstatt das Dorf zu nutzen, entschied sich der Landkreis, die Container zu verkaufen, wodurch ein erheblicher finanzieller Verlust entstanden ist.

### **Verschwendung in anderen Projekten**

Doch das Containerprojekt ist nicht das einzige Beispiel. Auch in

Aurich kam es zu finanziellen Missständen. Dort musste die Stadtbaurätin aufgrund krankheitsbedingter Abwesenheit und späterer Abwahl ihren Posten verlassen. Trotz ihrer Abwahl erhält sie bis 2029 weiterhin ein beträchtliches Gehalt von 400.000 Euro. Dies zeigt, wie ineffizient es bei der Personalwirtschaft zugeht und dass auch die Abwahl von Führungspersonen enorme finanzielle Belastungen mit sich bringt.

Zusätzlich wird im Schwarzbuch auf die Probleme beim Bau des Hafentunnels in Bremerhaven hingewiesen. Der Tunnel, dessen Eröffnung sich um fünf Jahre verzögerte, hat die ursprünglich veranschlagten Kosten von 189 Millionen Euro auf 272 Millionen Euro steigen lassen. Dies bringt ernsthafte Zweifel an der Wirtschaftlichkeit dieses großen Infrastrukturprojekts auf. Der Steuerzahlerbund fordert Transparenz und eine Überprüfung der Ausgaben, um zukünftige finanzielle Fehlentscheidungen zu vermeiden.

Die Straßenbahn-Haltestelle an der Domsheide in Bremen wird ebenfalls im Schwarzbuch erwähnt. Die Umgestaltung dieses wichtigen Knotens zieht sich schon seit Jahren hin, wobei die geschätzten Mehrkosten mittlerweile bei 3 Millionen Euro liegen, ohne dass dazu konkrete Fortschritte zu verzeichnen sind. Das Beispiel verdeutlicht, wie langwierige politische Debatten die Effizienz solcher Projekte gefährden können.

## **Finanzielle Subventionen und deren Auswirkungen**

In Bremen sorgt auch die sogenannte „Freikarte“ für Kinder und Jugendliche für Aufregung. Diese Subventionierung von Freizeitaktivitäten kostet die Stadt mehr als 34 Millionen Euro. Da Bremen jedoch chronisch unterfinanziert ist, muss die Summe über Schulden finanziert werden. Jan Vermöhlen vom BdSt empfiehlt, stattdessen Geld in sinnvolle Bildungsangebote, wie Nachhilfeunterricht, zu investieren. Bei Kosten von 30 Euro pro Stunde hätte diese Summe für 1,2 Millionen

Nachhilfestunden ausgereicht.

Eine Wasserstofffabrik, die in Hannover nie gebaut wurde, belastete die Steuerzahler ebenfalls mit 10 Millionen Euro wegen bereits abgeschlossener Verträge. Auch die Förderung von Lastenfahrrädern in Braunschweig stößt auf Kritik: Die Verwaltungskosten hätten fast die Höhe der gesamten Förderung von 50.000 Euro erreicht. Der Steuerzahlerbund spricht in diesen Zusammenhängen von „Bürokratie-Irrsinn“ und fordert mehr Effizienz in der Verwendung öffentlicher Mittel.

Insgesamt listet das neue „Schwarzbuch“ über 100 Fälle von Steuerverschwendung aus ganz Deutschland auf. Jan Vermöhlen, der Vorstand des BdSt, äußerte sich kritisch zu diesen Entwicklungen und mahnt an, dass insbesondere in Zeiten knapper Kassen mehr Sparsamkeit und Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Steuergeldern erforderlich sind. Er betont, dass die Bürger und die Wirtschaft auch in der gegenwärtigen Lage eine ernsthafte steuerliche Entlastung verdienen.

Für weitere Informationen und detaillierte Einblicke in die aufgeführten Fälle kann der Artikel [auf \*\*www.nwzonline.de\*\*](http://www.nwzonline.de) gelesen werden.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**